

Berlin, 01.01.2008

Mein Berlin, mein Berlin (V)

Das Thema „Land Berlin – Bundesrepublik Deutschland“ wird uns auch im neuen Jahr beschäftigen.

1. Im Heft 2/2007 habe ich darauf hingewiesen, dass Berlin und der Bund sich vor dem Bundesverfassungsgericht um die Rückgabe von 9.500.00 m² Reichsvermögen streiten.

Vor 2009 wird nicht mit einem Gerichtstermin gerechnet; die vom Land Berlin angeregte außergerichtliche Einigung lehnte der Bund ab.

Ein Teil dieser riesigen Fläche ist der vom Bund beanspruchte Teil des **Flughafens Tempelhof**: 87% des Gebäudes und 56% des Geländes.

Trotz des schwebenden Verfahrens hat der Bund dem Land Berlin jetzt angeboten, dieses Vermögen zum Verkehrswert zu erwerben. Dabei soll er einen zweistelligen Millionenbetrag erwarten (Berliner Morgenpost v. 27.10.07). Im Tagesspiegel vom 15.11.07 ist von 30 Millionen Euro die Rede.

Wie der Tagesspiegel am 11. Nov. 2007 berichtet, fordert der Bund in diesem Zusammenhang sogar noch eine so genannte Besserungsklausel. „Berlin müsste demnach für spätere Wertsteigerungen der entwickelten Grundstücke unbefristet Ausgleichszahlungen leisten.“ Gleichzeitig weigert sich der Bund, sich an der Altlastensanierung beim Abriss der Startbahn zu beteiligen.

Ein wahrlich beeindruckendes Beispiel für einen Interessen-Ausgleich zwischen dem Land Berlin und dem Bund.

Bemerkenswerterweise wird vom Bund die Annahme dieses „Tempelhof-Angebots“

gekoppelt an die vorher vereinbarten Zahlungen für die Staatsoper und für zusätzliche Sicherheits-Aufwendungen in Berlin als der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Da gibt es sicherlich in nächster Zeit noch spannende Gespräche.

2. Ein interessanter Vorschlag zum **Schuldenabbau Berlins** kam jetzt aus der Kommission

zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung. Winfried Kretschmann, Mitglied der Kommission und im „Hauptberuf“ Fraktionsvorsitzender der Grünen im Stuttgarter Landtag, schlägt u. a. einen Altschulden-Hilfefonds vor, in den Mittel aus dem Solidaritätszuschlag zur Einkommenssteuer eingezahlt werden sollen. „Nach meinem Modell wäre Berlin der größte Profiteur, weil es auch am krassesten verschuldet ist“ sagt er. Von jährlich 1,7 Milliarden Euro Tilgungshilfe würde die Hauptstadt fast 1,2 Milliarden erhalten. Daneben fließen Gelder nach Bremen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, in das Saarland, nach Thüringen und Hamburg (Tagesspiegel v. 17.11.07).

3. Im Heft 4/2007 wurde auf die Folgen der geteilten **Geschäftssitze der Bundesministerien** aufmerksam gemacht: 66.000 dienstlich veranlasste Flugreisen jährlich zwischen Köln/Bonn und Berlin, verbunden mit erheblicher Zeitverschwendung bei den vielen Betroffenen. Am 4. Juli 2007 wollte der Haushalts-

Ausschuss des Bundestages über die Aufteilung der Regierungsaufgaben zwischen Bonn und Berlin entscheiden. Auf Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD wurde die Entscheidung in letzter Minute auf den September 2007 verschoben.

Was ergab jetzt die Nachfrage im Sekretariat des Haushalts-Ausschusses des Deutschen Bundestages?

Nach der Sommerpause stand dieses Thema bis zum 20. November 2007 nicht auf der Tagesordnung. Auch bei der Planung der Tagesordnungen bis zum Jahreswechsel ist es nicht berücksichtigt!

Und da wundern sich unsere Volksvertreter noch, wenn Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit aufkommen? Glaubwürdigkeit muss ständig erarbeitet werden – nur bei feierlichen Anlässen daran zu erinnern, **ist entschieden zu wenig!**

Detlef Schuster
Kreisvorsitzender